



*Freerk Huisken*

## Über die gar nicht merkwürdige Karriere der untertänigen Protestparole: *"Wir sind das Volk!"*

**E**s tobt ein Streit: Wer ist heute berechtigt, die mit viel nationaler Geschichte belastete Parole "Wir sind das Volk!" zu rufen. Natürlich halten sich beide Parteien für äußerst berechtigt. Und natürlich werfen sie sich ebenso wechselseitig den Missbrauch dieser Protestlosung vor. Die Pegida-Demonstranten skandieren zu jeder Rede, in der ihre Beschwerden zusammengetragen werden, dass nur sie das Volk seien. Umgekehrt die Anti-Pegida-Demonstranten: Nicht die, sondern wir sind das - wahre deutsche - Volk! Wer hat recht? *Beide* haben sie *recht*. Und *beide* liegen sie *daneben*.

### 1.

Es begann alles im Oktober 1989 als Bürger der DDR unter der Parole "**Wir sind das Volk!**" regelmäßig auf die Straße gingen und sich der DDR-Führung als seine werktätige Basis und zugleich als Volk des Arbeiter- und Bauernstaats, dem historische Gerechtigkeit als Nutznießer des DDR-Sozialismus widerfahren sollte, in Erinnerung riefen. Die Demonstranten hatten dabei gar keine *bestimmten* Forderungen aufgestellt. Weder protestierten sie gegen neue Normerhöhungen noch gegen eine schlechte Versorgungslage. Auch galten die Montagsaufläufe nicht der Beschwerde über eine Ökonomie, die Sozialismus versprach, aber mit Geld und Ware, mit Lohn und Kredit, also mit lauter kapitalistischen Größen operierte. Erst recht kündigten sie nicht ihren Status als Volk des DDR-Staates auf. Im Gegenteil: Sie *beharrten* mit dieser Losung auf ihrem Status als werktätiges Volk, dessen Wohlergehen sich doch laut Staatsräson der SED die nationale Führung verpflichtet hätte. Ihre Protestversammlungen beklagten so nichts anderes als die verloren gegangene Einigkeit zwischen Volk und Führung.

Doch genau diese auf die Straße getragene und mit viel agitatorischem Aufwand im Westen als Beleg für den "Niedergang des Systems" verbreitete Klage von Teilen des DDR-

Volkes stellte deswegen für die DDR-Führung bereits eine Ungeheuerlichkeit dar: Dass Volksteile sich regelmäßig eigenmächtig und auch noch demonstrativ zu Wort meldeten, galt als Zweifel an den, wenn nicht gar als Aufkündigung der Grundlagen des Systems des "realen Sozialismus", nämlich der Legitimation der Herrschaft der SED über die unverbrüchliche Einheit mit den Massen der Arbeiter und Bauern. Wohlgermerkt: Dabei handelte es sich nicht um eine billige und in ihrer Verlogenheit leicht zu durchschauende *Herrschaftsideologie*, sondern um ein *reales antikapitalistisches Programm*, mit dessen Umsetzung den von Privateigentümern ausgebeuteten Massen endlich in volkseigenen Betrieben der gerechte Lohn für ihren Fleiß gesichert werden sollte. <sup>1</sup> Daran erinnerte der Protest von 1989, der einerseits schon den *gewünschten Gehorsam* gegenüber der DDR-Führung *aufkündigte*, der aber andererseits verkündete, dass das *Volk der DDR "im Amt"* bleiben wollte - wenn denn die Führung sich erkennbar mehr und wie in der Staatsräson niedergelegt um die Volksbelange kümmern würde.

Das macht den *Widerspruch* dieser Parole aus, offenbart ihren Charakter als *untertänige Protestparole*: Ihr Protest war einerseits eine recht prinzipielle Absage an die Politik des SED-Staats und doch zugleich nichts als die Erinnerung der Führung daran, dass das Volk, wenn es denn schon die Berufungsinstanz für die gesamte Politik war, dann auch nicht mehr wie bisher übergangen werden durfte. Einerseits war sie die *Aufkündigung* der als selbstverständlich unterstellten Einheit von Staat und Volk, andererseits die *Bereitschaftserklärung*, als Volk einer Führung weiterhin zu Diensten zu sein, wenn diese denn ihre Sache fürs Volk endlich besser machen würde.

## 2.

Dass diese Montagsdemonstrationen ganz ohne eine Liste konkreter Forderungen, die der SED-Führung vorgelegt wurden, auskamen<sup>2</sup>, ist kein Zufall. Weder hatten sich damals Arbeiter auf ihre Interessen besonnen noch Bauern sich über Preise beklagt, weder waren es Konsumenten oder Erzieher, die auf Straße gingen, weil ihnen das Warenangebot oder die Ausstattung der Kindertagesstätten zu dürftig war. Sie alle waren zwar mit dabei, aber eben nicht als Repräsentanten gesellschaftlicher Tätigkeiten, deren Interessen zu kurz

1 Welche haarsträubenden Fehler dem Programm zugrunde lagen, warum es denn auch nicht aufgehen konnte und die Massenunzufriedenheit provozierte, all das lässt sich nachlesen in: Peter Decker/Karl Held, DDR kaputt - Deutschland ganz. Eine Abrechnung mit dem "Realen Sozialismus" und dem Imperialismus deutscher Nation, München 1989. Vgl. dort S.121ff auch ein Kapitel zum Volksbegriff. Ähnliches auch in: Das Volk: eine furchtbare Abstraktion, Gegenstandspunkt Heft 1/2006, S.87 und bes. S.110ff. Zahlreiche Anregungen habe ich diesen Texten entnommen.

2 Vgl. im Gegensatz dazu den 17. Juni 1956, wo es um Proteste der Bauarbeiter gegen Normerhöhungen ging, deren Rücknahme dann die DDR-Führung verfügte. Natürlich wurden 1989 auch Transparente mit Losungen wie „Wir brauchen Reformen“, „Für Reformen und Reisefreiheit gegen Massenflucht – vor allem Frieden“ oder „Reisefreiheit – Meinungsfreiheit – Pressefreiheit“ mitgeführt. Deren Kern war immer der Ruf nach Freiheiten dieser oder jener Art, die - wer denn sonst - der DDR-Staat seinem Volk gemäß des Versprechens der Staatsgrundlagen zu gewähren hatte.

kommen, sondern allein als Teile *des Volks*. Und zum Volk gehört man - auch in der DDR - gerade in der *Abstraktion* von allen Unterschieden, Besonderheiten, ja vielleicht sogar Gegensätzen, die die arbeitsteilige Organisation der Reproduktion der Gesellschaft ausmachen. Da ist man, einer wie der andere, *nur* Teil dieses Staatsvolks, hat im Protest auch nur diese seine Eigenschaft als Volksmitglied zum Argument gemacht; was bedeutet, dass *allein das Verhältnis der Bürger zum Staat* Thema und in diesem Fall Beschwerdegegenstand ist. Wer sich als Teil des Volkes demonstrativ zu Wort meldet, dem ist der - natürlich nicht verschwundene - Ärger über sein Alltagsarbeitsleben *nicht für sich* Grund zur Einforderung einer Verbesserung. Vielmehr ist er *Beleg* dafür, dass das Verhältnis des Staates, hier der DDR-Spitze, zum Volk nicht in Ordnung geht; dass das Volk sich durch seine Führung nicht vertreten, respektiert, beachtet oder wertgeschätzt fühlt. Es kann denn auch weder verwundern, dass es den Organisatoren der damaligen Montagsproteste sehr darauf ankam, der aufgebotenen Volkspolizei zu bedeuten, dass auch sie zum Volk gehöre<sup>3</sup>, sich der Protest nicht gegen sie richten würde, noch dass die spätere Duldung der Demos unter dem "Schutz" der Staatsgewalt<sup>4</sup>, die Bereitschaft von Parteifunktionären zum Dialog bereits als Sieg des Volkes verbucht wurde, das es geschafft hätte, den Staat davon abzuhalten, mit Gewalt gegen "sein Volk" vorzugehen. Wohl gemerkt: Gefeierte wurde das nicht etwa als Sieg *gegen* den DDR-Staat und auch nicht als Sieg im Kampf für Verbesserungen im schon recht armseligen Alltagsleben der DDR-Bürger, sondern als erster Erfolg im Kampf um die Verbesserung des *Verhältnisses von Volk und Staatsführung*.

### 3.

Es war die BILD, die das Misstrauen von DDR-Bürgern gegen *ihre* Staatsführung zu der Kampagne "**Wir sind ein Volk!**" ausbaute und damit der Volks-Parole eine neue Stoßrichtung gab. Als ob es der dringendste Wunsch aller demonstrierenden DDR-Volksgenossen gewesen wäre, sich mit dem westdeutschen Staatsvolk unter einer, völlig anderen Zwecken verpflichteten Staatsführung zu vereinen. Dass es dann doch so gekommen ist, verdankt sich allerdings weder den Montagsdemos von 1989/90 und schon gar nicht der BILD. Wie hätte denn ein auf die DDR-Führung fixierter - untertäniger - Protest gleich das ganze System mitsamt seiner Mauer zum Einsturz bringen können? Der berühmte "Fall der Mauer" war denn auch nichts anderes als die Wahrnehmung einer *Erlaubnis*<sup>5</sup> der DDR-Führung, die geöffneten Grenze zum Westen zu durchschreiten, von

3 Dies die Geburtsstunde der Parole "Wir sind ein Volk!"

4 Ab dem 9.10.89, nachdem vorher massiv gegen die Demonstranten vorgegangen worden war und Massenverhaftungen stattgefunden hatten.

Vgl.: [http://de.wikipedia.org/wiki/Montagsdemonstrationen\\_1989/1990\\_in\\_der\\_DDR](http://de.wikipedia.org/wiki/Montagsdemonstrationen_1989/1990_in_der_DDR)

5 Wie die zustande gekommen ist, steht auf einem anderen Blatt. Fest steht nur Folgendes: Ohne Absprachen zwischen der SU- und der DDR-Führung wird die Grenzöffnung wohl kaum verfügt worden sein.

Teilen der DDR-Bürger. Und auch die BILD begleitete nur die *friedliche Kapitulation des Ostblocks* mit ihrer Hetze, die auf ihren Begriff brachte, was Anliegen des westdeutschen Staates war: Die Annektierung der DDR - sprich: "Wiedervereinigung" -, *dargestellt* als Erfüllung eines Herzenswunsches von DDR-Bürgern, die sich dringend dem westdeutschen Bundesstaat als Volk zuordnen wollten. Der Sache nach wurde ein "gesamtdeutsches Volk" geschaffen, dem anzugehören sich viele ehemalige DDR-Bürger durchaus als Bedienung ihres Anliegens zurecht legten, endlich Bürger einer demokratischen Obrigkeit zu sein, die das Ideal eines den Bürgern gewidmeten und von ihnen ausgehenden Staatswesens verkörpert.

#### 4.

Was es tatsächlich heißt, Staatsvolk in einem kapitalistischen Gemeinwesen zu sein, bekamen die eingemeindeten Bürger allerdings schneller mit als ihnen lieb war. Enttäuschungen blieben nicht aus. Die betrafen nicht nur die materiellen Lebensbedingungen - bezahlte Arbeit ist dem Volk nun nicht mehr garantiert -, sondern auch alle gewohnten Lebensumstände. Dass das Leben hierzulande in allen seinen Bereichen bestimmt ist durch Kampf, also durch Gegensätze, die in der Konkurrenz ausgetragen werden, musste erst einmal verarbeitet werden. Zu den Formen, in denen das dann geschah, gehörte die Neuauflage von Montagsdemonstrationen mit der nun abgewandelten alten Parole: **"Weg mit Hartz IV, das Volk sind wir!"** Dass sich auch diese Parole nicht in einer Kampfansage an den Sozialstaat und seine mit der Agenda 2010 beschlossene und durchgeführte zunehmende Verarmung ganzer Volksteile erschöpfte, ist der erneut sehr ernst gemeinten Berufung auf sie als "das Volk" zu entnehmen. Erkennbar regte sich damit ein Widerspruch, der mit dieser Parole ihren *alten Geist* aufs *neue Verhältnis* überträgt. Ziemlich *beleidigt* stellten sich - vornehmlich in den neuen Bundesländern nun lohnabhängig gemachte, aber in ihrer Lohnabhängigkeit nicht gebrauchte - Volksteile auf und beschwerten sich im Namen ihrer *neuen* Volkszugehörigkeit bei der demokratischen Führung darüber, dass sie sie als *Volk zweiter Klasse* behandeln würde; und dies, wo sie doch - so die ziemlich durchgesetzte Fehldeutung der Verhältnisse - mit der "friedlichen Revolution" das deutsche Volk vereint, dem SED-Unrechtsregime eine Absage erteilt und sich als neuer Volksteil willig in neue Verhältnisse gefügt hätten. Aufgekündigt werden sollte das neue Verhältnis, in das der Weststaat die Ostbürger gestellt hatte, nicht. Weder wurde für den Westen der Republik die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln gefordert, noch nicht einmal gesicherte Arbeitsplätze mit ausreichendem Lohn. Erneut ging es - dies der alte Geist - um das Einklagen von Respekt der Führung gegenüber dem Volk, das seinem Name doch alle Ehre machte, sich als Volk, d.h. als Manövriermasse staatlicher Zwecke aufführte. Es ist dabei

schon bemerkenswert, dass überhaupt erst jene staatlichen Maßnahmen als Zeichen einer geringen Wertschätzung von "Ossis" oder einer fehlenden Sorgfaltspflicht ihnen gegenüber angeprangert wurden, mit denen kapitalistisch ausgenutzte bzw. für kurz- oder langfristig unbrauchbar gemachte Volksteile doch allein am Leben bzw. brauchbar erhalten werden.

Der alte Geist der Parole traf jedoch auf neue, eben demokratische Umstände: Politik und Öffentlichkeit drehten den Spieß um und warfen den Demonstranten ihrerseits *Undankbarkeit* vor. Immer hätten sie von der DDR-Führung mehr Freiheit gefordert und nun, wo sie diese vom Westen und seiner freiheitlichen Ordnung erhalten hätten - sie dürften frei reisen, die Meinung frei sagen und sogar angemeldet frei demonstrieren - , da würden sie sich schon wieder beklagen. Eine rechte Lehrstunde in Sachen Freiheit und Demokratie war das: Protestieren und Demonstrieren *erlaubt* der demokratische Staat seinem Staatsvolk. Allerdings nur unter der Bedingung, dass die kritisierten politischen Maßnahmen *akzeptiert* werden; und dies mit der Begründung, dass alle Beschlüsse *demokratisch*, d.h. von der gewählten Legislative beschlossen worden sind. An diese Freiheit und ihr Lob mussten sich Ex-DDRler wirklich erst einmal gewöhnen: Dass man alle (Reise-)Freiheiten hat, aber das Geld fehlt, um sie zu nutzen; dass man sich über alles frei beschweren darf, aber über den Genuss dieser Freiheit den Inhalt der Beschwerde vergessen soll, die da frei geäußert werden darf, all das kannten sie aus der DDR nicht, wo konkrete Beschwerden im Betrieb oder Stadtteil verhandelt wurden und das Geld für Reisen - an die Ostsee und das Schwarze Meer, nur nicht nach Malle oder an die Nordsee - vorhanden war.

## 5.

Einige weitere Lehren blieben nicht aus. Unter der Gegenparole "**Auch wir sind das Volk!**"<sup>6</sup> verkündeten Repräsentanten der nationalen Elite von D.Hundt bis G.Grass, von R.Berger bis U.Wesel, dass sie "das Jammern über Deutschland satt" hätten und nicht zuletzt auch von den Neubürgern verlangen würden, dass die sich hinter die Änderungen, die der Standort Deutschland braucht, stellen. Dankbarkeit sei von ihnen verlangt statt Jammern. Dankbarkeit dafür, nun zu einem Volk zu gehören, dessen Staat in der Welt der Staatenkonkurrenz etwas hermacht. Der Genuss nationaler Standorterfolge auf dem Weltmarkt durch Schrödersche Politik sollte doch für sich schon Lohn genug dafür sein, dass die Agenda 2010 immer weniger zum Leben lässt. Endgültig wird hier dem Volk ein Perspektivenwechsel anempfohlen, an den es sich gewöhnen sollte: Volk ist nicht mehr wie zu Ulbrichts oder Honeckers Zeiten - wenigstens gedacht - die Gesamtheit aller Werktätigen, die zu eigenem Vorteil ihre Arbeitskraft in volkseigenen Betrieben dem realsozialistischen Gemeinwesen zur Verfügung zu stellen hatten; Volk ist hier im freien

---

6 <http://www.nachdenkseiten.de/upload/pdf/Bissinger-Volk.pdf>

Westen die Gesamtheit aller Staatsbürger, die sich als Volk identisch wähen mit ihrem Staat - egal wie sehr sie unter seinen Maßnahmen und denen der Unternehmen leiden - , seine Erfolge zum Inhalt ihres (national-)moralischen Engagements machen und sein Personal daraufhin prüfen, ob es dem Maßstab genügt, die Nation weltweit voranzubringen. Jeden Gedanken daran, dass im Kapitalismus der Erfolg der Nation mit dem eigenen Wohlergehen nie und nimmer zusammen gehen kann, muss man dafür allerdings hinter dem Genuss der Ehre, zu diesem großartigen Volk zu gehören, zum Verschwinden bringen.

Und noch eine Lehre wurde ihnen zu teil. Das "**Auch wir** ..." stand nämlich nicht dafür, dass eine Volksminderheit sich vergessen fühlte und um Aufnahme in den Volkskörper nachsuchte. Es waren Führungsfiguren der deutschen Elite, die mit dem geheuchelten "Auch wir..." auf das im vereinigten Volkskörper immer noch gültige Verhältnis von Führung und Masse, von Elite und Basis von Herrschaft verwiesen und somit den Montagsdemonstranten deutlich machten, dass sie auf keinen Fall mit dem "gemeinen Volk" verwechselt werden wollen.

## 6.

Die "Wutbürger", die jetzt unter dem Namen Pegida erneut im Osten der Republik und erneut an Montagen mit der Parole "**Wir sind das Volk!**" ihre Unzufriedenheit über alles Mögliche - von der angeblichen Islamisierung, verfehlte Einwanderungspolitik, über verfehlte Renten- und Hartz-IV-Politik bis hin zur Verhuzung der deutschen Sprache durch den Zwang zum angehängten "-innen" - zum Ausdruck bringen, sind längst vollständig *eingemeindet*. Sie machen aus ihrem Status als Teil des nationalen Volks deswegen inzwischen einen Anspruchstitel, der am ewig gleichen Geist der Parole seinen *ausschließenden* Charakter vertieft. Die Neufassung der Parole heißt nämlich vollständig: "*Wir sind das Volk - und nicht ihr, die Moslems, die Ausländer überhaupt...*" Adressat dieser Parole ist wie immer, wo das Volk nur sich als Argument kennt, der Staat. Sein Versäumnis: Er lässt es daran fehlen, dass man sich als deutsches Volk hier wirklich *heimisch* fühlen kann. Und alle Beschwerden an seine Adresse kulminieren darin, dass er *Volksfremde*, Ausländer eben, vor allem Moslems, aber auch lauter *volksfremde* Sitten und Gebräuche zulässt; und dass er letztlich auch nichts dagegen unternimmt, dass sich selbst Einheimische ziemlich *volksfremd* aufführen, wenn sie Wuchermieten kassieren, Arbeitern den Job streichen oder den Staat um Steuern betrügen. Denn so etwas gehört sich nicht für ein grundgutes deutsches Volk, das seine Volksidentität wie quasi angeboren besitzt. Es ist dies ein Beschwerdestandpunkt, der vom Ideal einer deutschen Volksgemeinschaft ausgeht, in der es keine Gegensätze, brutal ausgetragene Egoismen, ungerechte Vorteilsnahmen oder Betrügereien geben darf, in der folglich der gesamte Kapitalismus, unter dessen Zwecken

die Pegida-Leute natürlich leiden, wie eine harmonische Veranstaltung ohne (Konkurrenz-)Gegensätze erscheint, und in der alles zum naturwüchsigen Deutschtum passt bzw. passend gemacht werden muss.

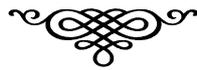
Diese rechte Parteilichkeit fürs Deutschtum, diese besondere Variante von Nationalismus, die sich da in Dresden Montags aufstellt bzw. aufgestellt hat, hat als Messlatte zur Prüfung der nationalen Gemeinschaft nichts als den Heimatgedanken im Kopf, der bekanntlich weder etwas mit bestimmter Gegend und schon gar nichts mit materiellem Wohlergehen zu tun hat. Das Wohlfühlen, das zum Heimatgefühl dazu gehört, speist sich vielmehr aus der Akzeptanz noch der ärgerlichsten Lebensumstände, die man sich *nicht ausgesucht* hat, in denen man aber *sein Leben schlecht und recht zu organisieren hat*, die man *gewohnheitsmäßig bejaht*, weil man *nichts anderes kennt* und die man deswegen zum *harmonischen Leben* verklärt. Volksfremd ist dann alles, was das Heimatgefühl dieser noch einmal besonders bornierten Nationalisten stört - und davon finden diese Deutschen in ihrer Heimat immer genug.

## 7.

Die Antipegida-Demonstranten stellen gegen Pegida klar, dass Deutschland ein *buntes* Land sei, zu dem auch Migranten gehören würden. Sie *schämen* sich für die Pegida-Deutschen - was niemand mit Kritik verwechseln sollte -, nehmen also den Standpunkt des wahrhaft guten Deutschen ein, den sie unbedingt, sich selbst, dem In- und Ausland präsentieren müssen, damit nur ja kein schlechtes Bild auf Deutschland fällt. Darin zeigt sich erneut der *Ausschlusscharakter* der Parole: In der demonstrativen Art, mit der die Pegidagegner die Parole für sich reklamieren, liegt zugleich das Urteil begründet, dass die "Nestbeschmutzer" von der Pegida eigentlich nicht "zu uns" gehören. Gegenüber den "Fremden" lebt ihr Nationalismus dagegen von Toleranz und Empathie: Ausländer - nur gegen diese Seite von Pegida wenden sie sich und verfehlen damit den Kern dieser guten Heimatdeutschen - könnten eine kulturelle Bereicherung sein, seien doch auch Menschen und außerdem sei Deutschland längst ein Einwanderungsland. Auch Demonstranten gegen Pegida möchten sich unbedingt in Deutschland wohlfühlen. Nur lehnen sie ausländerfeindliche Bornierung ab, streiten für ein buntes Deutschland, das ihnen deswegen so wohlige Gefühle bereitet, weil es der nationale Kontrapunkt zum ausländerfeindlichen Nationalismus wäre.

Beide Varianten streiten also nur um eines: Was macht die wahre deutsche Identität aus? So gesehen, ist es völlig gerechtfertigt, wenn sich beide Seiten zu der nationalistischen Parole "Wir sind das Volk bekennen!" Aber zugleich haben beide völlig unrecht, wenn sie sich mit dieser Parole zu *Subjekten* des nationalen Geschehens stilisieren, die dem Staat gegenüber als Volk Ansprüche geltend machen könnten, die er dann zur Ausgestaltung der

nationalen Heimat zu bedienen hätte. Da steht alles auf dem Kopf. Volk ist immer noch nichts anderes als das per Staatsgewalt hergestellte, politische Kollektiv, das auf das Programm der Herrschaft verpflichtet wird und für das es einsteht. Das macht bereits der Umstand deutlich, dass sowohl die Kritik an angeblicher Islamisierung Deutschlands wie auch umgekehrt der Wunsch nach einer bunten Heimat nichts anderes als *Derivate nationaler Einwanderungspolitik* sind, bei der es der Regierung um polit-ökonomische Kalkulationen geht und nicht darum, Deutschland zur Heimat für unzufriedene Volksteile entweder bunt oder ausländerfrei auszugestalten.



**Über den Autor:**

*Freerk Huisken, Dr., \*1941, studierte in Oldenburg Pädagogik und arbeitete bis 1967 als Lehrer. Anschließend Studium der Pädagogik, Politik und Psychologie in Erlangen-Nürnberg. Von 1971 an Professur an der Universität Bremen: Politische Ökonomie des Bildungssektors. Seit März 2006 im Ruhestand.*

**Kontakt:**

[www.fhuisken.de](http://www.fhuisken.de)

[info@fhuisken.de](mailto:info@fhuisken.de)

► [Alle GegenReden von Freerk Huisken im Magazin AUSWEGE](#)

---

**AUSWEGE – Perspektiven für den Erziehungsalltag**  
Online-Magazin für Bildung, Beratung, Erziehung und Unterricht  
[www.magazin-auswege.de](http://www.magazin-auswege.de)  
[auswege@gmail.com](mailto:auswege@gmail.com)